

„Die Menschen brauchen eine Perspektive“

Der Zweite Bürgermeister und Wirtschaftsreferent Josef Schmid über die Bedeutung des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms und seine Idee eines dritten Arbeitsmarktes

dia.z: Warum leistet sich München ein eigenes Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm?

Josef Schmid: Eine Stadtgesellschaft mit insgesamt wachsendem Wohlstand darf jene nicht vergessen, die Gefahr laufen, bei dieser Entwicklung auf der Strecke zu bleiben. Es ist deswegen eine wichtige Aufgabe der Stadtfamilie, sich wirksam um diese Menschen zu kümmern. Deswegen leistet sich München ein eigenes Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm mit einem beachtlichen Budget. Auch ist die Stadt als kommunale Verwaltung in vielen Bereichen einfach näher dran als der Bund. Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit ist nach wie vor das größte gesellschaftliche Risiko für Armut und Ausgrenzung. Diesem Risiko müssen wir wirksam begegnen.

dia.z: Sie haben ja bereits viele der sozialen Betriebe in München, darunter diakonia, besichtigt. Welchen Eindruck haben Sie dabei gewonnen?

Josef Schmid: Bei meiner Stadtteil-Tour 2013 habe ich soziale Betriebe besichtigt, aber auch schon vorher. Die CSU im Münchner Westen, deren Kreisvorsitzender ich bin, hat vor Jahren sogar ein eigenes Format geschaffen: „Mandatsträger besuchen soziale Einrichtungen im Münchner Westen“. In diesem Rahmen werden regelmäßig Sozialeinrichtungen oder -betriebe besucht, um im Dialog zu bleiben. Ich habe bei allen meinen Besuchen einen großartigen Eindruck gewonnen. Von den Menschen, die mit viel Engagement andere betreuen, sich aufopfernd kümmern, Beschäftigung, Halt, ein geregelter Umfeld geben. Aber auch diejenigen, die betreut werden und die sich meist in einer schwierigen Lebenslage befinden, gehen dort mit viel Freude und persönlichem Einsatz an ihre Aufgaben.

dia.z: Ein zentraler Punkt bei der Fortschreibung des MBQ im kommenden Frühjahr ist die Etablierung eines dritten Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose, den Sie schon seit längerem fordern. Warum? Können Sie Ihre damit verbundenen Ziele konkretisieren? Und an welche Größenordnung haben Sie gedacht?

Josef Schmid: Überlegungen zu einem „echten“ dritten Arbeitsmarkt habe ich schon seit 2007. Damals habe ich unter dem Titel „Arbeitsmarkt der sozialen



Josef Schmid ist Zweiter Bürgermeister von München und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft. Der 45-Jährige hat Betriebswirtschaft und Jura studiert. Zuletzt arbeitete er als selbstständiger Rechtsanwalt und Diplomkaufmann. 2002 wurde er erstmals für die CSU in den Münchner Stadtrat gewählt. Von 2007 bis 2014 war er Fraktionsvorsitzender, bevor er zum Bürgermeister gewählt wurde.

FOTO: PRIVAT

Hilfen“ unter anderem für einen solchen geworben. Eine sog. „Sockelarbeitslosigkeit“ bleibt leider sogar bei guter Konjunktur bestehen. Es gelingt offensicht-

lich nicht, langzeitarbeitslose Menschen langfristig in Lohn und Brot zu bringen. Gerade das ist aber eine große gesellschaftliche Herausforderung, der ich mich gerne stellen will. Insofern ist es an der Zeit, einen eigenen Job-Sektor für Menschen mit erheblichen und vielfältigen Vermittlungshemmnissen zu schaffen. Menschen, die deswegen auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar sind, erhalten so eine Chance auf eine reguläre Beschäftigung. Das schafft eine Perspektive in einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit.

dia.z: An welche Größenordnung haben Sie gedacht?

Josef Schmid: Nachdem derzeit viele Gespräche zu einem dritten Arbeitsmarkt laufen, sind konkrete Aussagen zur Umsetzung leider noch nicht möglich – die neue Stadtrats-Amtsperiode ist schließlich auch erst sechs Monate alt. Da es sich um grundsätzliche Überlegungen handelt, wird der Prozess sicherlich noch einige Zeit dauern – wir wollen auch den Dialog mit den Beteiligten suchen.

dia.z: Kritiker befürchten, ein dritter Arbeitsmarkt vernichte reguläre Jobs und sei nichts mehr als die Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Armut. Was ist Ihre Antwort darauf?

Josef Schmid: Ich glaube, dass hier ein Dialog zwischen den Beteiligten erforderlich ist – unter anderem mit den Kammern und den Arbeitgebern. Ich bin zuversichtlich, dass sich durch klare Regelungen eine mögliche Gefährdung von regulären Jobs im Wesentlichen vermeiden lässt. Und ich bin der Überzeugung, dass es besser ist, Menschen dauerhaft zu beschäftigen als immer wieder und nur mit kurzer Dauer zwischen verschiedenen Maßnahmen „hin und her zu schieben“. Menschen brauchen eine Perspektive und dazu gehört ganz wesentlich eine regelmäßige, sichere Arbeit. Dafür zu sorgen, sollte den Schweiß der Edlen wert sein.

dia.z: In welchen Wirtschafts-/Tätigkeitsbereichen halten Sie einen dritten Arbeitsmarkt für sinnvoll?

Josef Schmid: Ich halte das bei umweltorientierten, sozialen und kulturellen Dienstleistungen für sinnvoll, wie das bereits jetzt vielfach der Fall ist.

Doris Richter

Zwischen Teilhabe und Schmalspurprogramm

Etwa eine Million Menschen in Deutschland sind nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums länger als ein Jahr ohne Arbeit. Das ist etwa ein Drittel der Arbeitslosen. Fast die Hälfte der Langzeitarbeitslosen ist seit mindestens zwei Jahren arbeitslos, etwa 20 Prozent sogar schon vier Jahre oder länger. Auch auf bundespolitischer Ebene macht man sich deshalb Gedanken über die Förderung von Langzeitarbeitslosen. Anfang November legte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ihr Konzept der Öffentlichkeit vor: Mit Zuschüssen zu

Lohnkosten und einer verbesserten Betreuung will sie die Zahl der Langzeitarbeitslosen senken (siehe auch Seite 2).

Von einem dritten Arbeitsmarkt ist explizit nicht die Rede. Sollten alle Aktivierungsversuche fehlschlagen, sollen Betroffene Möglichkeiten zur „sozialen Teilhabe“ erhalten, wie es Andrea Nahles formuliert. Besonders im Auge hat sie dabei Leistungsberechtigte, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen eine besondere Förderung brauchen oder Menschen, die mit Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Jährlich

150 Millionen Euro will Andrea Nahles für diese „soziale Teilhabe“ ausgeben. Damit will sie bis zu 10.000 Menschen erreichen. Mit insgesamt 885 Millionen Euro – finanziert etwa zur Hälfte aus EU-Mitteln und aus Hartz-IV-Bundesmitteln – will sie von 2015 bis 2019 bis zu 33.000 weitere Langzeitarbeitslose fördern, also insgesamt 43.000 Menschen.

Opposition und Wohlfahrtsverbände kritisierten das Vorhaben als „Schmalspurprogramm“, zu klein geraten angesichts der Mittelkürzungen der vergangenen Jahre.